

Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal

Ämliches Verordnungsblatt



Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark
mit der Beilage „Christliche Familie“
9.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung“
erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einseitige Grundzeile (Petit, 46
mm breit) oder deren Raum 80 Hg.,
die Kleinzeile (Petit, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark.
Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden.
Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 90.

Steinheim, Dienstag, den 30. August 1921.

28. Jahrgang.

Die Ermordung Erzbergers.

Ein ruchloses Verbrechen ist an dem ehemaligen Reichsfinanzminister Erzberger verübt worden. Feige Mordanschläge haben ihn auf einem Spaziergang in der Umgebung des friedlichen Kurortes Griesbach im Schwarzwald, wo er seit einigen Tagen mit seinen Angehörigen zur Erholung weilte, aus dem Hinterhalt überfallen und durch Revolvergeschüsse aus allerhöchster Nähe getötet. Die Täter sind unerkannt entkommen. Da eine Veranlassung der Tat nicht festgestellt werden konnte, liegt der Verdacht eines politischen Mordes sehr nahe.

Es gibt wohl niemanden, der diese verabscheuungswürdige Mordtat im Schwarzwald nicht auf das Schärfste verurteilen würde. Ohne Zweifel war der Ermordete eine der hehrsten Persönlichkeiten der deutschen Nation in den letzten Jahrzehnten. Besonders in den Nachkriegsjahren stand er im Mittelpunkt der politischen Meinungskämpfe, die schließlich zur Zeit des Versaillesprozesses eine ungemein scharfe Form angenommen hatten. Um ein Haar wäre Erzberger schon damals vor dem Gerichtssaal als Opfer eines Attentates geworden. Jetzt haben ihn seine Mordtaten auf ein seltsames Waldpfad aufgelauert und ihr Opfer zur Strecke gebracht. Eine schandvolle Tat, die in der ganzen Welt Entsetzen und Abscheu hervorgerufen hat und nur allzuleicht der Anlaß neuer politischer Wirren werden kann. Wer auch immer das ruchlose Verbrechen verübt haben mag, das gesamte deutsche Volk ist sich einig in der Verurteilung und Verachtung dieses grauenhaften Mordverbrechens.

Neue Einzelheiten der Mordtat.

Inzwischen liegt eine genaue Darstellung der Vorgänge vor, die sich bei der Ermordung des Abgeordneten Erzberger abgespielt haben. Die beiden Reichstagsabgeordneten Diez und Erzberger gingen in der Zeit zwischen 10 und 11 Uhr vormittags auf der Griesbach nach Griesbach führenden Landstraße spazieren. In naher Entfernung folgten ihnen zwei Männer. Den beiden Abgeordneten wurde die Sache ungemerkt, sie machten leicht und gingen auf der Landstraße nach Griesbach zurück. Auch die beiden Fremden wandten sich um und gingen nahe an Erzberger und Diez heran. Ohne irgendein Wort zu sagen, zog einer der Fremden plötzlich eine Schusswaffe und drückte los. Durch den Schuß wurde der Abgeordnete Diez an der Schulter verletzt und stürzte zu Boden. Erzberger sprang nun über die Mordtaten der Straße, um sich den beiden Unbekannten zu entziehen. Diese eilten ihm nach und feuerten mehrere Schüsse auf ihn ab. Bei der Verfolgung brach Erzberger zusammen, was die beiden Täter aber nicht abhielt, unangesehen auf den am Boden liegenden Mann zu feuern. Der, von 12 Kugeln durchbohrt, verschied sofort. Inzwischen war Diez wieder aufgestanden und hatte sich zu Erzberger begeben, der bereits verstorben war. Die beiden Täter standen in nicht allzu großer Entfernung, wahrscheinlich um sich zu überzeugen, daß Erzberger tot war. Den Abgeordneten Diez ließen sie unangesehen. Sie verschwanden, als Diez sich vom Blute wegbog, um Hilfe zu holen. Die Leiche ist die Nacht über am Ort der Tat geblieben, da sie vor der Ueberführung durch den Gerichtsmediziner beschützt werden sollte, der bereits aus Frankfurt a. M. in Oberfrank eingetroffen ist und sich mit den Gerichtsbehörden sofort an die Mordtatsache begab. Die Verfolgung der Täter wurde sofort aufgenommen.

Auf der Spur der Mörder.

Erzberger soll schon in Berlin von der Polizei beobachtet worden sein, bei seinen Spaziergängen niemals ohne Begleitung menschenleere Gegenden aufzusuchen.

Die Mörder verhaftet?

Nach einer neueren Meldung sind in Offenburg zwei Studenten verhaftet worden, die des Mordes verdächtig sein sollen.

Die Leiche Erzbergers wird nach Berlin übergeführt werden, wo am Mittwoch in Wilhelmsdorf die Beisetzung vor sich gehen wird.

Die ersten Beileidskundgebungen.

Der Reichspräsident hat an die Frau des ermordeten Reichsministers a. D. Erzberger folgendes Beileidstelegramm gerichtet:

„Tief erschüttert durch die Nachricht von dem Verbrechen, dem Ihr Gatte zum Opfer fiel, spreche ich Ihnen meine herzlichste Teilnahme aus. Möge Sie das Bewußtsein trösten, daß in lebhafter Entfaltung über die abscheuliche Mordtat alle Kreise des deutschen Volkes an Ihrer Trauer teilnehmen.“

Auch der Reichsminister Dr. Wirth und der Reichstagspräsident Loebe haben im Namen der Reichsregierung und des Reichstages ihren tiefsten Schmerz über den grausamen Schicksalsschlag, der die Gattin und die Familie Erzbergers in dem

verabscheuungswürdigen, feigen Mordanschlag betroffen hat, telegraphisch Ausdruck verliehen. Außerdem sprach der Reichstagspräsident in einer Besprechung mit den Parteiführern den Parteifreunden des Ermordeten seine tiefste Teilnahme aus und wies darauf hin, daß an dem politischen Mord der Mordtaten kein Zweifel sei und daß die Tat unberechenbare Folgen für Deutschland haben müsse.

Was die Presse sagt.

Die Blätter aller Richtungen beschäftigen sich begreiflicherweise eingehend mit der an Erzberger verübten Mordtat. Die Entrüstung darüber ist allgemein, mögen die verschiedenen Zeitungen auch selbst zu dem politischen Erzberger gestanden haben, wie sie wollen. Nachstehend geben wir einige Pressestimmen im Auszug wieder:

Deutsche Tageszeitung (Dtl.): „Die Nachricht von dem ruchlosen Mordanschlag an dem Abgeordneten Erzberger hat den deutschen Knoten von Konflikten, der sich um dessen Persönlichkeit schlang, mit brutalem Streich durchgeschnitten, um — neue folgenschwere Konflikte zu schaffen, die in der von Selbstschätzung bis zum Verfall gestiegenen Luft des revolutionären Deutschlands verhängnisvoll wirken können.“

Berliner Volkszeitung (Völk.): „Der Mordanschlag an Erzberger ist auf dem Boden des bürgerlichen Freiheitsbegriffs begangen worden. Man wird den Behörden dieses Landes nicht, wie es den bayerischen gegenüber von gewisser Seite nur zu gern geschieht, den Vorwurf machen wollen, daß sie nicht alles, was in ihren Kräften steht, zur Klärung der Mordtat aufbieten werden. Gelingt es ihnen, der Schuldigen habhaft zu werden, so wird die verdiente Sühne für das Verbrechen nicht ausbleiben.“

Tägliche Rundschau (D. W.): „Wenn die Mordtaten des Matthias Erzberger ihre Bluttat aus politischen Motiven begangen haben, so haben sie jedenfalls nicht der staatlichen Ordnung, nicht der bürgerlichen Parteien, nicht, sondern den Parteien des Unrechts, der Revolution und schließlich der Unmoral in ihrem Dienste gehandelt. Wenn Erzberger, trotz des ihm zum politischen Tode verurteilenden Spruches des unparteiischen Gerichtshofes vom 12. März 1920 ins politische Leben zurückgeführt wäre, so hätte er wahrscheinlich das Zentrum zerstückelt, was sich ihm gegenüber bisher in einer Feindschaftsbühne von „Macht- und „Kammern“ darstellte. Er hätte der radikalen Linken neue Massen aus dem gläubigen Lager zugeführt, aber er hätte sich kaum als Führer gehalten.“

Germania (Btr.): „Die Folgen, die dieser Mord nach sich ziehen wird, sind zur Stunde nicht zu übersehen. Daß er eine starke Erregung in der Arbeiterklasse hervorgerufen hat, ist zu beklagen. Neben anständigen Gesinnungen aber muß die Tat bis ins Innerste erschüttern, was er noch so sehr Einzelheiten im politischen Wirken Erzbergers nicht gebilligt haben und gar mit uns der Meinung sein, daß er stets das Beste zum Heile des Volkes und Vaterlandes gewollt hat.“

Völkische Zeitung (Dtl.): „Die Nachrichten stimmen darin überein, daß das Verbrechen, das gegen den Reichstagsabgeordneten Matthias Erzberger begangen wurde, ein politischer Mord war. Er war offenbar von langer Hand vorbereitet und wurde mit kaltem Blut ausgeführt. Die Täter haben gründliche Arbeit gemacht und sich von der Leiche entfernt, nachdem sie sich davon überzeugt hatten, daß ihre Gesetze gut getroffen hatten.“

Vormärts (G.): „... ein politischer Führer, weil über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt, liegt von Mordverbrechen. Abermals sind die Täter entkommen, wenn wir auch diesmal hoffentlich sagen können: zunächst. Denn bei den Begleitumständen der Tat, bei dem Ueberleben eines Augenzeugen, sollte es eigentlich einer halbwegs klugen Polizei nicht schwer sein, die Mordtaten zu rekonstruieren.“

Freiheit (Unabh.): „Die Arbeiterklasse aber wird darüber sorgen, daß dieser Mord und mit diesem alle anderen nicht nur Sühne finden an den unmittelbaren Tätern, sondern auch an den verantwortlichen Ueberrichtern. Wir wünschen keinen Terror und beurteilen individuelle Gewalttaten.“

Die Ermordung Erzbergers ruft in der französischen Presse weniger Entsetzen als Entrüstung hervor. Im allgemeinen erklärt man, wie unter vielen anderen „L'Homme Libre“ ausführt, daß Erzberger gewiß nicht als Freund Frankreichs angesehen werden könne, aber man mache ihm alle jene Vorwürfe, die man unglücklichen Friedensunterhändlern zu machen pflegt. Man müsse die Verdienste eines Freundes von gestern nicht feiern, der auch der Feind von heute geblieben sei; aber Erzberger sei von politischen Gegnern getötet worden, die es ihm nicht verziehen haben, daß er die Niederlage sanktionierte.

Völkerbund und Oberschlesien.

Die Furcht vor der Verantwortung hat den Obersten Rat bei seiner letzten Tagung in Paris veranlaßt, die Entscheidung über Oberschlesien so lang hinauszuschieben, bis der Völkerbundrat sein objektives und sachliches Gutachten über die obergeschlesische Grenzregelung gegeben hätte. Der Präsident des Völkerbundrates hat sich, wie bekanntlich, in einem Schreiben an Briand hierzu bereit erklärt und die Mitglieder des Rates zu einer dringenden Tagung auf den 29. August nach Genf berufen.

Zunächst schien es, als ob der Zusammentritt in Genf in letzter Stunde gefährdet und damit die Ungeheuerlichkeit über Oberschlesiens Schicksal abermals verlängert werden sollte. Der Vorsitzende des Rates

Bündrats, der japanische Botschafter Graf Tani, hatte nämlich bei der Suche nach einem geeigneten Berichterstatter, der die Mitglieder des Rates über alle Schwierigkeiten der Aufgabe unterrichten sollte, wenig Glück. Der spanische Botschafter Quinones de Leon, der für dieses Amt ausersehen war, und dessen Zustimmung auch schon als sicher galt, mußte auf Geheiß der Madrider Regierung den ehrenvollen, aber doch wenig dankbaren Auftrag ablehnen, da Spanien jetzt während der marokkanischen Wirren auf die englische und französische Hilfe angewiesen ist und daher alles vermeiden zu müssen glaubt, was das gute Einvernehmen mit diesen beiden Staaten förmlich könnte. Jemand ein anderes Mitglied des Völkerbundrates konnte aber um die Berichterstatterung nicht angegangen werden, der japanische Staatsmann hat es daher kurzentschlossen selbst übernommen, den Bericht über die obergeschlesische Frage zu erstatten.

So konnte der Völkerbundrat ohne eine Verzögerung an die Prüfung der strittigen Frage herangehen. Ueber den vorläufigen Gang der Verhandlungen wird von Havas eine längere Darstellung verbreitet, in der bezeichnenderweise ausdrücklich hervorgehoben wird, daß Graf Tani sich in keiner Weise bemühen werde, in dem Bericht, den er für die Genfer Konferenz ausgearbeitet habe, eine Lösung der obergeschlesischen Frage zu suchen oder irgendwelche Vorschläge zu machen. Er werde vielmehr in seinem Bericht lediglich eine Zusammenfassung aller Schriftstücke und Unterlagen geben, die ihm als Berichterstatter zugänglich gemacht worden sind.

Nachdem der Vorsitzende und Berichterstatter dieses Schriftstück verlesen hat, wird er seinen Kollegen das Wort erteilen zu einem Meinungsaustausch über das anzunehmende Verfahren.

Nach Ansicht von Havas wird diese erste Verhandlung den Rat zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen. Man sei sich in Kreisen des Völkerbundrates ganz klar darüber, daß die öffentliche Meinung aller Länder eine möglichst schnelle Lösung der obergeschlesischen Frage herbeisehnt. Aber man scheine hier auch zu wünschen, daß die öffentliche Meinung sich auch ganz genau alle Schwierigkeiten der Aufgabe vergegenwärtige. Die vorbereitende Arbeit werde für die Mitglieder des Rates die unbedingte Voraussetzung für die Unabhängigkeit ihres Urteils sein.

Das Urteil des Völkerbundes wird allerdings nur dann auf Objektivität Anspruch erheben können, wenn es nicht nur auf Informationen von polnisch-französischer Seite beruht, sondern wenn auch die deutschen Interessen in Oberschlesien gebührend gewürdigt werden. Dies ist aber nur möglich, wenn deutsche Sachverständige zu den Genfer Verhandlungen hinzugezogen werden. Im anderen Falle müßte das deutsche Volk die Verhandlungen des Völkerbundrates mit größtem Mißtrauen verfolgen und könnte ein nur auf einseitiger Information beruhendes Gutachten niemals als ein sachliches und unparteiisches Urteil ansehen.

Politische Rundschau.

— Berlin, 29. August 1921.

Der Senat der freien Stadt Danzig hat gegen die Ueberweisung der Danziger Eisenbahnen an Polen beim Völkerbundrat Berufung eingelegt.

Die französische Besatzungsbehörde hat das Erscheinen der „Volksstimme“ im Gebiet des Präsidentenpalastes in Burg bis 30. August verboten.

Die Wiesbadener Reparationsverhandlungen. Die Minister Loucheur und Rathenau haben in mehreren Sitzungen das Hauptabkommen über die Sachleistungen besprochen. Die Nebenabkommen über Restitutionsfragen wurden indes von den beiderseitigen Referenten beraten. Die Beratungen werden fortgesetzt. Sie erstrecken sich vornehmlich auf die noch zu klärenden Punkte des Hauptabkommens und auf die verschiedenen Einzelheiten der Nebenabkommen.

Die Aufhebung der Sanktionen notwendig. Die Reichsregierung hat durch ihren Geschäftsträger in Paris dem französischen Ministerpräsidenten Briand als Vorsitzenden des Obersten Rates eine Note überreichen lassen, in der sie nochmals die Notwendigkeit der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen eingehend begründet. Nachdem deutscherseits das Ultimatum angenommen und alle bisherigen Zahlungsfristen pünktlich eingehalten worden sind, glaubte sich die deutsche Regierung zu der bestimmten Erwartung berechtigt, daß die Sanktionen alsbald restlos aufgehoben werden würden. Sie bedauert aufs tiefste, daß sich die alliierten Regierungen hierzu haben nicht entschließen können. Die deutsche Regierung erbringt dann den Nachweis, daß weder der Vertrag von Versailles noch das Rheinlandabkommen den alliierten Mächten oder den an der Befestigung des Rheinlandes beteiligten Staaten ein Kontrollrecht über Einhaltung dieser Bestimmungen in bezug auf das besetzte Gebiet gibt. Um indessen den alliierten Regierungen die Ueberzeugung von der loyalen Handhabung der deutschen Ein- und Ausfuhrbestimmungen zu verschaffen, will sich die deutsche Regierung mit der Schaffung der in der letzten Entente note vorgezeichneten Organe einverstanden erklären.

Die Verletzung des Abgeordneten Diez.
— Offenburg, 28. August. Die Verwundung des Abgeordneten Diez, der bei dem Mordüberfall auf den Abgeordneten Erzberger ebenfalls durch einen Revolverbeschuss getroffen wurde, stellt sich als ernster heraus, als man anfänglich glaubte. Die Kugel, die den linken Oberarm gebrochen hat, sitzt unter dem Brustbein und ist anscheinend gegen die Lunge vorgedrungen. Die Leiche Erzbergers ist im Gesicht kaum entstellte, nur der Hinterkopf weist erhebliche Wunden auf. Einer der Täter soll sich seit einiger Zeit in Oppenau aufgehalten haben.

Beileid des Preussischen Landtages zum Tode Erzbergers.
— Berlin, 28. August. Im Hauptauschuß des preussischen Landtages widmete am Sonnabend bei Beginn der Sitzung der Zentrumsabgeordnete Rhiel-Kulda dem Andenken des ermordeten Abgeordneten Erzberger einige Worte und verurteilte scharf dieses politische Verbrechen. Der Auschuß erhob sich zu Ehren des Ermordeten von den Sitzen.

Die Wiesbadener Verhandlungen.
— Paris, 28. August. Wie der „Petit Parisien“ aus Wiesbaden meldet, hat Rathenau einen Vertragsentwurf nach Wiesbaden mitgebracht. Deutschland verpflichtet sich, falls Frankreich es fordert, bis zum 1. Mai 1926 Lieferungen im Gesamtwert von sieben Milliarden Goldmark zu leisten. Die Summe, welche Frankreich in jedem Jahre dafür zu bezahlen hat, die einfachen Zinsen einbezogen, darf eine Milliarde Goldmark nicht überschreiten, welches auch der Wert der deutschen Naturallieferungen sein werde. Gemäß dem Friedensvertrage kommen zu den deutschen Naturallieferungen die Vieh-, Kohlen- und Farbstofflieferungen hinzu.

Berlin, wie es ist und wurde.

Studenten und Bediente im Berlin der Kolonialzeit.
Die Sekretäre und das Lehrpersonal der jungen Herrschaften — man nannte letztere „Hofmeister“ oder „Informanten“ — waren in Ansehen und Bezahlung nicht höher gestellt als ein besserer Kammerdiener einer großen „Herrschaft“, die zumeist dem Hof- oder Militäradel angehörte, der sich seit dem großen Kurfürsten, noch mehr aber unter seinen Nachfolgern, nach Berlin drängte. Eine vornehme Herrschaft hatte damals einen großen Hof von Dienerschaft. Und es liefen genug Studenten in Berlin umher, die froh waren, irgend eine Privatstellung zu erhalten. Der Staat konnte sie nicht alle unterbringen; und es hing damals mehr als heute von hoher Protektion ab, die natürlich zunächst dem Adel selbst und seinem Anhang zuteil wurde. Kaufmännische Stellungen gab es nicht so viel wie heute, da ja die großen Banken, Fabriken und Werke noch nicht existierten. In Kaufmannsgeschäften wurden die jungen Leute nur angestellt, wenn sie Kautions für die einzuführenden Gelder leisten konnten. Also ein geistiges Proletariat genau wie heute; und schon damals hatten diese jungen, mittellosen Männer es schwerer, ein Unterkommen zu finden, als Dienstboten oder Handwerker. Viele boten sich daher in äußerster Not als Lakaien an. Ein Schreiber oder Sekretär brauchte damals nur wenig mehr zu wissen als ein „gebildeter“ Lakai, von denen manche auch fremde Sprachen verstanden. Deren Kenntnis eignete sich ein solch aufgeweckter junger Burche auf der „großen Tour“ an, die er mit seinem jungen Edelmann durch Frankreich, England, Spanien, Italien, oft noch weiter machte, und die damals für einen jungen strebsamen Aristokraten zur Weltbildung und zum guten Ton gehörte. Solch ein „gebildeter“ Lakai würde dann bei einiger Intelligenz, und wenn er eine gute Hand schrieb, erst der Sekretär, später der Vertraute, Hausverwalter und Haushofmeister seines „gnädigen Herrn“ und war dann auf Lebenszeit versorgt.

Die märkischen Studenten — die ärmeren meistens Pastors- oder Handwerkerkinder, die ein Stipendium oder notdürftige Unterstützung erhielten — gingen nach Frankfurt a. Oder, welche Universität zu Anfang des 19. Jahrhunderts nach Berlin überfiedelte. Konnte der Student aber nicht Informator oder Sekretär bei einem hohen Herrn werden, der ihn vielleicht später in ein Amt schob, so mußte er eben als Lakai unterkriechen. Jedenfalls wurden sie alle gleich behandelt und alle als Domestiken angesehen. Ein tüchtiger Hofmeister sollte auch Flügel oder Violin spielen, die Orthographie wohl verstehen und in der „französischen und lateinischen Sprache erfahren sein“. Er mußte den Kindern „gute Manieren“ und später einen „Begriff von denen Rechten und gütlichen Studien beibringen“. Dann wurde er mit seinen Jünglingen mit auf die hohe Schule geschickt. Auch dort war er zugleich der Sekretär, der Hofmeister und der Lakai seiner jungen Herren, die er eventuell auch frisierte und ankleiden half. Dafür hatte sich ein Theologe oder Jurist sich 4 oder gar 5 Jahre auf der Universität durchgehungen und nebenbei Vorkurse erteilt (auch im „schwierigen Schachspiel“). Sehr oft wurde dem jungen Märker aber ein Franzose vorgezogen, der niemals eine Universität besucht hatte. Aber der war eben ein „Frankose“, nach der Meinung jener Zeit und Kreise ein vollkommenes Muster an Bildung und weltmännischem Betragen.

Hatte der Informator aber Glück, so konnte er einen Posten erhalten, der ihn nicht ganz aus Haus band, so daß er ein eigenes Logis beziehen und noch in anderen Familien die jungen Herren unterrichten konnte. Ein solch fleißiger Informator stand sich dann im Jahre auf ganze 170 Taler, von denen er seine Wohnung, Kleidung usw. bezahlen mußte. So gering auch momentan der geistige Arbeiter gegen den Handwerker und den Kaufmann gewertet wird, wir haben in diesen 150–200 Jahren immerhin einige Fortschritte gemacht. Wer damals in der Welt vorwärts kommen wollte, mußte von Adel oder Rang sein oder sehr viel Geld haben. Die Kenntnisse nützten ihm nur, wenn er sich hoher Protektion erfreute. War er ein Ausländer oder ein häßlicher Kerl, so kam er wohl auch ohne viel Kenntnisse vorwärts.

In Dresden, wo unter August dem Starken die Maitressenwirtschaft im Schwunge war, hat es ein Kammerdiener Hennide sogar auf diese Weise zum Grafen und Minister gebracht. Das war unter dem strengen Regiment der preussischen Könige freilich unmöglich. Robert Mich.

Aus Stadt und Land.

Ludwig Thoma. Der bekannte Dichter Dr. Ludwig Thoma ist im Alter von 54 Jahren gestorben. Thoma, der in Oberammergau geboren war, die Rechte studierte und als Mitbegründer des „Simplicissimus“ in die Öffentlichkeit trat, ist einer der bekanntesten Dichter des neueren Deutschland gewesen. Seine scharfe satirische Feder, die in seinen Agilcolagegeschichten humorvoll, im Peter Schlemihl beißend scharf die Schwächen der Menschen traf, machte den heimatsüchtigen Bayern weit über die Grenzen seiner Vaterlande bekannt. Seine Komödien wurden ins ständige Repertoire der deutschen Bühnen aufgenommen; war doch ihr Verfasser mehr als ein guter Beobachter: eine reiche Künstlernatur, unter deren Händen die einzelne Begebenheit farbenfrohe Gestalt annahm. Wer kennt nicht die niedlichen Scherze in „Lottchens Geburtstag“, „Lottchen“, „L. Klasse“ und „Moral“? Doch

auch die Romane „Der heilige Hies“, „Andreas“ und „Der Wittiber“ sind Kleinode im Schmucke der deutschen Literatur geworden. Fremd in die Welt der deutschen Gefühls- und Gesehlsgeistes mit dichterischer Gestaltungskraft packte er den verlegbaren köstlichen Saum, die in seinen kleineren Erzählungen überströmend sprudelte, hat dem Dichter alle zu Freunden gemacht, die den wahren Humor lieben. Und denen wird die Trauer um den zu früh Gestorbenen am ernstesten sein.

Mädgebilder deutscher Handelskassen. Die beiden der Reederei Kaufmann-Stein gehörigen Dampfer „Sibonia“ (4500 Tonn) und „Industria“ (3500 Tonn) welche im vorigen Jahre seitens der deutschen Reederei enteignet worden waren, um an die Entente ausgeliefert zu werden, sind von der Entente freigegeben und der Reederei Kaufmann wieder zugesellt worden.

Großer Mühlenbrand bei Stendal. Ein Mühlenbrand entstand in der Dalmühle von Weidling bei Stendal. Der Brand vernichtete den großen vollgefüllten Kornspeicher, ungeheure Mengen Getreide wurden vernichtet, vor allem amerikanischer Weizen. Auch der Gebäudeschaden beträgt mehr als eine Million Mark. Die Feuerwehre mußte sich auf den Schutten der anderen Gebäudeteile vor dem rasenden Elemente beschränken.

Tumulte in Eichtenberg. Das Berlin-Eichtenberger Rathaus war der Schauplatz schwerer Tumulte. Etwa vierhundert Erwerbslose drangen in den Sitzungssaal ein und erzwingen das Wort für eine Demonstration, die unter anderem die Anerkennung der wählbaren Erwerbslosen verlangte. Um den Verstoß auf polizeiliche Hilfe unmöglich zu machen, besetzten die Eindringlinge die Fernsprechanlage des Rathauses. Da sich die Menge nicht aus dem Saale weichen ließ und es sogar zu Handgreiflichkeiten kam, mußte die Sitzung auf eine halbe Stunde vertagt werden. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde unter dem Druck der Erwerbslosen beschloffen, die Anerkennung der Erwerbslosen einer Kommission zur Prüfung zu überweisen. Darauf wurde die Sitzung geschlossen ohne daß der Rest der Tagesordnung verhandelt werden konnte.

Auf dem Friedhof gestorben. Der Arbeiter aus Charlottenburg besuchte das Grab seiner verstorbenen Angehörigen auf einem unweit Berlins gelegenen Friedhof. Als nach Beendigung der Anwesenheit noch einen Kontrollgang unternahm, fand er auf einem der Gräber liegend den H. tot auf. Als er auf den Friedhof zurückkehrte, wurde er von einem anderen Arbeiter nach dem Verbleib seines Leibes erfragt.

Feuerungsdemonstrationen in München. Nach den zahlreichen Protestversammlungen, die von den freien Gewerkschaften und den sozialistischen Betriebsräten unter der Parole „Gegen den Preiswucher und die passive Resistenz der bayerischen Regierung“ einberufen waren, kam es zu verschiedenen Zwischenfällen. Trotzdem die Versammlungsleiter die Teilnehmer ermahnten, ruhig nach Hause zu gehen, zogen etwa 5–6000 Mann in geschlossener Folge in den Mittelpunkt der Stadt, wo Polizei und Schutzwehr die Menge verschiedentlich auseinandertrieb. Hierbei wurden mehrere Personen verletzt. Ein bedauerlicher Vorfall ereignete sich in der Nähe der Lukas-Kirche. Dort gab ein unbekannter Bursche sechs Revolverkugeln ab, die einen Mann töteten und einen schwer verletzten. Der Täter ist entkommen.

Meuterei bei der Chemnitzer Landespolizei. Auf der „Chemnitzer Allee“ ist bei einer Hundertkammer der Chemnitzer Landespolizei vor einigen Tagen eine Meuterei ausgebrochen. Als von der Hundertschaft verlangt wurde, zu einer angelegten Parade außerhalb der Stadt den Stahlhelm aufzusetzen, we-

(-) Schicksalskauf.

Roman von Leopold Sturm.
„Daß die Vergangenheit ruhen, Franziska, ich bitte dich. Was vorüber ist, kommt nie wieder. Und jetzt laß mich gehen. Jedes Wort, das wir hier noch miteinander wechseln, hindert mich an der Ausführung meiner Pflicht.“

Noch immer sträubte sie sich. „Sprich nicht so, denn du redest Unwahrheit. Ich weiß, daß du mich noch liebst. Auch ich liebe dich noch. Und heute mehr, als je. Also erfülle meine Bitte. Mag, Heiligeliebster, ich flehe dich an, du, du bist es, der mein Schicksal in Händen hält. Deine Hände können mich schützen. Willst du sie zur Faust ballen, zur Schicksalskauf, die mich vernichtet?“

„Nein, nein, nein!“ rief er hintereinander hervor. „Es ist unmöglich. Meine Ehre kann ich dir nicht opfern. Nie, niemals!“

Gewehrfeuer klang plötzlich von draußen her in das stille Gemach. Sie prallten auseinander. Diesen Augenblick benutzte Max von Brandhaus. „Lebe wohl!“ Er rief es und gleich darauf schloß sich die Tür hinter ihm.

„Feigling!“ Sie schrie es ihm nach, und ihr Gesicht versteinerte sich zu grausamer Härte. „Feigling!“ War es zu glauben? Er lief davon, ein Feigling, nachdem sie sich vor ihm gebemüht, ihm bekannt hatte, daß ihre Liebe noch ihm, nur ihm gehöre. Er lief davon.

Sie lachte auf, wild, hysterisch. Ja, das hatte sie ihm gesagt. Aber war es aufrichtig gewesen, wirklich die Wahrheit? Nein, es war nur ein Mittel gewesen, ihre Pläne zu verwirklichen, das letzte, das äußerste Mittel. Es war eine Lüge gewesen. Und dieser Lüge war die Strafe auf dem Fuße gefolgt, er hatte sie vernichtet und war davongelaufen. Franziska von Hohenfels war zurückgewiesen, von demselben Mann, der ihr früher so oft und in so heißer Leidenschaft geschworen hatte, daß er ohne sie nicht zu leben vermöge.

Was war seine Ehre gegen ihre Liebe. — Max von Brandhaus war inzwischen in eiligem Laufe auf dem Schlossplatz angekommen, wo sich ein Streit zwischen Soldaten und Arbeitern entsponnen hatte. Die Soldaten hatten ihre Kolarden abreißen sollen, sich aber geweigert, diesem Verlangen zu entsprechen. Daraus waren Gewalttätigkeiten entsprungen, und schließlich war von der Waffe Gebrauch gemacht worden, da sich die Mannschaften nicht anders zu helfen gewußt hatten. Zum Glück war niemand verletzt, die Salve war nur ein Schreckmittel gewesen.

Dem bejammerten Jureden des jungen Mannes gelang es, dem Streit ein Ende zu machen. Die Soldaten gehorchten seinem Befehl sofort. Die Arbeiter entfernten sich etwas widerwillig, aber sie erkannten seine Autorität schließlich doch an. Er versprach ihnen, in einer Auseinandersetzung mit dem Arbeiterrat alles zu regeln.

Dann ging er in sein Zimmer zurück, um sich zur Besprechung mit den Mitgliedern der provisorischen Regierung fertig zu machen und ihnen den Thronverzicht des Herzogs zu übergeben.

Nochmals kam eine Abhaltung, ein Offizier, der ihn dringend zu sprechen wünschte, wurde Max gemeldet. Es war sein Schwager, der Rittmeister von Rheind. Er hatte sich mit dem Gatten seiner Schwester nie besonders gut verstanden. Rheind war ein Lebemann gewesen und noch immer ziemlich verschwenderisch geblieben. Die finanziellen Verlegenheiten des Obersten von Brandhaus leiteten sich nicht in letzter Linie aus den Schulden seines Schwiegerjüngers her. Von herzlichen Beziehungen war unter diesen Umständen zwischen den beiden Schwägern keine Rede. Sie hatten sich, seitdem sie beide wieder in Karlsburg waren, nur ganz flüchtig gesehen und gesprochen.

„Verzeihung, Max, daß ich dich hier überfalle, aber die Zeitverhältnisse entschuldigen mich. Wir müssen handeln. Diese Wirtschaft von Arbeiter- und Soldatenrat muß ein Ende nehmen, eine Regierung wieder hergestellt werden, die die Fäden in den Händen hält. Du mußt dabei sein.“

„Ich verstehe dich nicht“, antwortete Max von Brandhaus. „Eine Regierung besteht, und die Arbeiter- und Soldatenräte sind gebildet und anerkannt worden. Was soll also noch weiter geschehen? Ich möchte nichts.“

„Das weißt du nicht“, versetzte Rheind heftig. „Ich dachte, ich hätte es doch klar genug gesagt. Die alten Machtverhältnisse sollen wiederhergestellt, das Tohuwabohu von heute soll wieder abgeklärt werden. Es ist ein Chaos, das wir jetzt haben.“

„Mit nichts“, antwortete Max fest. „Nicht ist Ordnung, sie aufrecht zu erhalten, ist unser Bestreben.“

„Aber denkst du denn, daß wir auch hier in unserm Karlsburg eine Republik haben sollen? Nie und nimmer. Das wäre unerhörte.“

„Das wird aber nicht zu ändern sein“, lautete die kaltsblütige Erwiderung, „denn der Herzog hat abgedankt, auf Thron und Land verzichtet.“

Die der provisorischen Regierung auszuwählenden Mitglieder sind also gefallen, die Tage des alten Reiches sind zu Ende.

„Du darfst diese Urkunde nicht aus der Hand geben. Du darfst nicht, befinne dich.“

„Es ist nichts zu bestimmen. Ich habe nur meine Pflicht zu erfüllen.“

„So zwingst du mich zum äußersten“, schrie der Rittmeister. „Er zog blank.“ „Gib das Blatt herab, oder ich muß dich verhaften.“

Der Revolver lag schußbereit in Max von Brandhaus' Händen. „Ich will nichts gehört haben, Rheind, sagte er; „sonst müßte ich dich festnehmen lassen. Geh. Ich möchte sonst die Wache rufen!“

Der Jörn übermannte den Offizier. Er rief die Arme in die Seiten, und seine Stimme klang leuchtend vor Grimm. „Du mußt also mit diesen Leuten gemeinsame Sache?“ „Gut, du wirst sehen, wo es schließlich bleibt. Ich habe deinen Eltern schon lange gesagt, daß du dich auf einer abschüssigen Bahn befindest. Jetzt kannst du deinem Vater auch das eine beibringen, daß du deine Ehre preisgeben hast.“

„Verleumbert!“ Max brauste auf, sein Finger lag am Drücker des Revolvers. „Nimm das Wort zurück, sage ich dir, nimm es zurück.“

„Keine Silbe nehme ich zurück“, versetzte Rheind höhnisch. „Willst du etwas von mir, so erwerbe ich deine Zugen. Ich muß mir allerdings vorbehalten, zu prüfen, ob du noch satzfaktionsfähig bist.“

Damit stürzte er zur Tür hinaus. Ihm nach stieg das Wort „Schurke“, das sich über Max' Lippen rang. In maßloser Empörung ließ Max von Brandhaus in dem Gemach auf und ab. Sollte er sich mit dem Gatten seiner einzigen Schwester scheiden? Welcher heillosen Familienkonflikt konnte sich daraus ergeben? Und doch, es mußte sein. Eine so unerhörte Verleumdung, wie sie ihm soeben ins Gesicht geschleudert war, konnte nur mit Blut gelöscht werden. Es mußte sein.

Aber dann ward er doch ruhiger. Wo war die vergessene Ehre in diesem Fall? Hatte er jemand die Treue, seinen Eid gebrochen? Im Gegenteil. Der Herzog hätte niemals die Verzichtsurkunde gerade in seine Hände gelegt, wenn er als ein Treuloser und Verräther vor ihm gestanden hätte.

Rheind machte es ihm zum Vorwurf, daß er in den Soldatenrat eingetreten war. Das war nur erfüllte Pflicht im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. War der Rittmeister darüber anderer Ansicht, nun gut, mochte er es sein. In dieser schweren Zeit mochte es nicht nur einmal, sondern tausendmal vorkommen, daß die nächsten Verwandten, selbst Vater und Sohn, sich in zwiespältigen Anschauungen gegenüberstanden.

verlangten gewalttätiges Einschreiten, und einzelne Stimmen von Helld den Gehörten, dass die Revolutionäre nicht die Gewalt missbrauchen sollten. Dann ließ sich der Gehörte von Helld an die Soldaten verteilen, die er als einer Gegenrevolution verdächtig, festgenommen werden sollten. Brandhaus lehnte es ab.

Es ist nicht zu bestritten, daß die Amerikaner für die Nähmaschinenfabrikation über sehr gute Rohstoffe verfügen. Aber dieser bequeme Zustand, bei dem Werke erlaubt, einfach das Rohseiden in den Ofen zu werfen und am Webstuhl gutes flüssiges Material abzuspinnen, hat zur Folge, daß mit einer gewissen Sorgfaltseile gearbeitet wird, die trotz bester Grunde-

Anton Nöltker, Steinhelm.

**Deutsch - Amerikanischer
Homoöpath**
Ferdinand von Kämpf
für sämtliche Krankheiten.
Sprechstunden:
Jeden Donnerstag von 3 — 7 Uhr, bei:
Gastwirt Breker, Steinheim.

Motorenbesitzer!
In ca. 4 Wochen wird das Gleichstromnetz Steinheim an die Ueberlandzentrale angeschlossen. Die vorhandenen Gleichstrom-Motore sind dann als Antriebskraft unbrauchbar. Es empfiehlt sich, da ein Preisaufschlag unbedingt zu erwarten ist, seinen neuen Motor sofort zu bestellen.
Da ich bereits einen grossen Posten im Auftrag habe, bin ich in der Lage Ihnen ein unübertroffenes Fabrikat sehr preiswert zu liefern und bitte mich mit Ihren Aufträgen zu beehren damit Ihr Kraftbetrieb nach erfolgter Umschaltung keine Unterbrechung erleidet.
Ernst Meissner, Steinheim
Marktstrasse Nr. 194.

Zur Aufklärung!
Seit Kriegsende stehen die Elektro-Installateure des Kreises Höger im Kampfe mit dem Kreis-Elektrizitätsamt. Immer drückender tritt die Monopolstellung des K. E. A. in Erscheinung. Das K. E. A. richtet sein Hauptaugenmerk auf die Lieferung von Installationen, Lampen, Motore usw., weniger auf seinen eigentlichen Zweck: den Ausbau der Leitungssache und Vervielfachung der Kreis-Eingeleitungen mit Strom. Durch dieses Vorgehen ist die Existenz der Installateure schwer bedroht. Ueberall herrscht in diesen Betrieben Arbeitsmangel. Das rührt daher, weil das K. E. A. sein Bauprogramm verheimlicht, um den Installateuren in der betreffenden Gegend, die angeschlossen werden soll, zuvorkommen. Es bereitet Stromanschlüsse, die durch Installateure eingebracht werden, eine Fülle bürokratischer Schwierigkeiten, wodurch dem fast gewonnenen Kunden häufig die Lust vergeht, seinen Betrieb elektrisch einzustellen. Ja, es ist vorkommen, daß Angestellte des K. E. A. die Arbeit der Installateure durchkreuzen und dem vom Installateur gewonnenen Anschluß-Interessen offen, oder verheimlicht zu verstreuen geben, daß, wenn er seine Bestellung dem K. E. A. überträgt, er schneller und reibungsloser sein Ziel erreichen. Eine Behörde, die mit öffentlichen Geldern arbeitet und selbst Geschäfte macht, kann nicht unbefangenen unparteiisch das Allgemeininteresse wahren. Nur, wo es etwas zu verdienen gibt, wird eine solche Behörde auf dem Posten sein.
Die Installateure, die vom K. E. A. zugelassen sind, sind im Grunde genommen, Konzessions-Schulzen, die die Monopolstellung ihres Hauptkonkurrenten und ihrer gleichzeitig vorgelegten Behörde verkleinern sollen. Wir bitten jeden Großabnehmer, der mit dem K. E. A. einen Stromablieferungsvertrag abschließen will, keine Klausel darin zu dulden, worin der freie Wettbewerb bei Ausführung der Installationen ausgeschlossen wird. Es ist so weit gekommen, daß der Installateur vom K. E. A. gezwungen wird, alle Zeichnungen und Unterlagen für Arbeiten, die das K. E. A. ausführt, wie z. B. Beispiel: Hausanschlüsse, beizubringen.
Anschließend wird das K. E. A. mit seinen Stromkonsumenten auch hinsichtlich der Rechnungsstellung nicht fertig, denn der Installateur muß nicht nur die Zählertafel, die das K. E. A. ausschließlich liefert, sofort selbst bezahlen, sondern nebstdem soll auch der Installateur den Verwaltungsposten für die vom K. E. A. hergestellten Hausanschlüsse übernehmen. Das K. E. A. schreibt hierzu wörtlich: „Wir ersuchen dringend, die Anschlußlängen sofort richtig anzugeben, damit unsere Anschlußrechnung stimmt. Bei zu gering angegebener Anschlußlänge müssen wir den Unterschied noch berechnen und zwar: wenn eine fehlerhafte Angabe des Installateurs vorliegt, dem Installateur usw. Es ist Sache des Installateurs, sich wegen den Mehrkosten infolge der größeren Anschlußlängen mit seinem Auftraggeber auseinanderzusetzen. Anschlüsse, die nicht vorher bezichtigt sind, werden nicht ausgeführt.“ Das heißt also in die Praxis übersetzt, der Installateur soll für das K. E. A. als Zwischenglied alle Schereien und Unkosten tragen, damit das K. E. A. so bequem wie möglich zu seinem Gelde kommt. Irgendwelchen Einfluß auf die Anschlußmöglichkeit wird dabei aber dem Installateur nicht zugebilligt. Die Installateure müssen ein solches Ansehen des K. E. A. ablehnen. Sie sind aber nach wie vor bereit, um unnütze Kosten zu verhüten, dem K. E. A. ohne irgendwelche Verbindlichkeiten die Anschlußlänge für die Materialausstellungen bekanntzugeben.
Alle Eingaben an den Kreistag und Kreis-Ausschuß, dahin zu wirken, daß das Kreis-Elektrizitätsamt seine Installationsabteilung auflöst, haben keinen Erfolg gehabt. Ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit dem K. E. A. ist unter den jetzigen Verhältnissen nicht möglich. Die Installateure müssen ihrem ärgsten Konkurrenten nach wie vor Vorspanndienste leisten. Die öffentliche Moral ist auf unserer Seite. Wir richten an alle Kreis-Eingeleitungen die Bitte: „Wendet Eure Aufträge den Gewerbetreibenden zu und nicht dem Kreis-Elektrizitätsamt. Wir liefern ebenso gut und billig.“
Vereinigung der Installationsfirmen im Kreise Höger. Deth. Dormann. Tenfi.

Wieder Sprechstunden
ab Montag, den 5. September.
Dr. Hoenneke
Spezialarzt für Hals, Nase, Ohren und Augen.
Hameln Tel. 433 Deisterstr. 2.
Herren- und Damen-Regenschirme
in ganz besonders reicher Auswahl
neu eingetroffen bei:
C. Schrader jr.
Steinheim — Bergheim.

Bekanntmachung!
Das Baden des Krankenbrotgeschieht teilweise und wird für die Zeit vom 1. September bis 30. November dem Bäckermeister Wilhelm Sigges übertragen. Sämtliche Krankenbrotbäcker holen für diese Zeit das Krankenbrot bei dem oben Genannten.
Steinheim, den 26. August 1921.
Der Bürgermeister. J. B.: Reineke.
Gabe einen größeren Posten **Wagen** verschiedener Größe abzugeben.
Daruher:
2 neue, leichte Aderwagen
1 Viehtransportwagen
Reparaturen an Pflügen etc. etc.
Josef Bunte, Schmiedemeister
Steinheim i. Westf.

Ata
Henkel's
Scheuerpulver
putzt
reinigt
Alles!

**Ata eignet sich für alle
Küchengeräte besonders
auch für Ofen, Badewannen,
Klosetts, Marmor, Steinböden.**
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf.

Sommersprossen
verschwinden. Auf welche einfache Weise teilt Leidensgenossen unentgeltlich mit.
Frau Elisabeth Frucht, Hannover D. 83.
Schließfach 238.

Frauen
Rettung u. Hilfe.
Stammend überraschende Erfolge bringen meine fester wirkenden Spezial-Mittel einer jeden Frau bei **Perioden- Störungen** vielfach schon in einigen Stunden sind Sie aller Sorgen entbunden, selbst in den schwersten Fällen versagen Sie nicht, denn ich rette Ihre Gesundheit, Schmerzlos und ohne Gefährdung. Unschädlich, volle Garantie füge bei, sonst **Geld u. Unkosten zurück.**
Teilen Sie mir mit, wie lange Sie klagten. Diskreter Versand:
Dr. B. Schliens, Krankenbehandl.
Hamburg, Schwanenweg Nr. 35.
Ich habe nicht zu viel gesagt, was **tausende Frauen** mit dem Glück im Herzen bestätigen haben.
Frau J. schreibt: Ihre Mittel sind ein Segen für die Menschheit, wirklich billig und die besten, Sie können Wunder tun und sind ein wahrer Helfer in der Not; nächst Gott danke ich Ihnen.

Falläpfel
und
Cafeläpfel
kaufen jeden Posten
Corveyer Apfelwein-
Kelterei
Otto Müller u. Co.
Höxter a. d. Weser
Auf Wunsch Abholung durch
unser Glp. m.
Flechten
„Es war ein ganzer Haufen und
ich habe durch das ewige Baden
Tag und Nacht beiliegen. In 14
Tagen hat Zucker's Patent-Moos-
balsam das Übel beseitigt.“ Diese
in Hamburg wohn. Frau M. sagt:
Zucker's Creme (nicht fettend u. sub-
stanzlos) in allen Apotheken, Drogerien
und Parfümerien erhältlich.

Umsatzsteuer und Landwirtschaft
Die Umsatzsteuer soll ihrem Wesen nach eine Heberwälzungssteuer sein. Diesen Charakter hat sie in der Tat im Gewerbe und zum großen Teile auch im Handel angenommen. Anders dagegen in der Landwirtschaft. Hier erweist sich ihre Heberwälzung als der Praxis meist nicht durchführbar. Die Landwirtschaft wird also durch die Umsatzsteuer tatsächlich belastet, als viele Zweige der Industrie und Handels.
Durch den von der Regierung vorgelegten Entwurf soll jetzt der Steuerfuß für die allgemeine Umsatzsteuer verdoppelt, also von 1½ auf 3 Prozent erhöht werden. Was ist dazu zu sagen? Würde man die Umsatzsteuer durch irgend welche Maßnahmen von der Regierung beabsichtigten Höhe ganz auf die Abnehmer der landwirtschaftlichen Produkte abwälzen werden, (was freilich unmöglich ist) so müßte dadurch im Enderfolge die Preise für die Verbraucher stark in die Höhe getrieben werden. Es aber wird geschehen, wenn der Landwirt eine Umsatzsteuer von 3 Prozent des Wertes seines Betriebes Rohertrages ganz auf sich nehmen soll? Um dies zu ermöglichen, würde der Landwirt andere Ausgaben für den Betriebsaufwand einschränken müssen. Zuerst dies in Bezug auf Düngemittel, Futtermittel, lebendes oder totes Inventar, so geht die Produktion seines Betriebes selbst zurück und damit auch der Steuerertrag. Der Betrieb wird also „erzwingt“, Welcher Ausweg käme sonst noch in Betracht? Noch der Druck auf die im Betriebe auszubringenden Arbeitslöhne! Die erhöhte Umsatzsteuer belastet somit die Gefahr eines Druckes auf die Arbeitslöhne in der Landwirtschaft ist, und damit die Gefahr schwerster Konflikte in landwirtschaftlichen Gewerbe.
Wenn also die beabsichtigte Erhöhung der Umsatzsteuer nicht zu den schwersten Gefahren für den landwirtschaftlichen Betrieb führen soll, so müssen unbedingt Mittel und Wege gefunden werden, die den Landwirt die Umsatzsteuer so weit überwälzen kann, wie es für die Verbraucher der landwirtschaftlichen Produkte erträglich ist. Zweitens aber muß verlangt werden, daß der von der Reichsregierung vorgelegene Steuerfuß so weit wie möglich wird, daß die Umsatzsteuer für den landwirtschaftlichen Betrieb neben der Einkommensteuer und den Ertragssteuern für die Städte und Gemeinden noch tragbar ist. Hierfür gebühren auch Erleichterungen durch Abänderung der Bestimmungen des gegenwärtig in Geltung befindlichen Umsatzsteuergesetzes, wie z. B. die Steuerbefreiung der Entgelte für an Seuche gekommene Tiere, die Meldung jeglicher Doppelbesteuerung, vor allem auch bei dem Umtausch von Vieh und vor allem die Steuerfreiheit des aus der Wirtschaft entnommenen Verbrauchs aller im Betriebe an Stelle eines Arbeiters oder Angestellten tätigen Familienangehörigen.
Fort mit den Sanktionen!
Eine Entschärfung des rheinischen Wirtschaftsausschusses.
Der Wirtschaftsausschuß des besetzten Gebietes hat in seiner Vollversammlung in Köln, die von Vertretern der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und des Handwerks vollständig besucht war, zu der das Oberste Rates über die Aufhebung der Sanktionen, wie folgt, einstimmig Stellung genommen:
„Der Wirtschaftsausschuß legt aus schärfste dagegen Verwahrung ein, daß der Oberste Rat in seiner Sitzung vom 13. 8. nicht bittige Aufhebung der mit dem Friedensvertrag und der Annahme des Londoner Ultimatus vereinbarten Sanktionen beschlossen hat, sondern nur die wirtschaftlichen Sanktionen und diese unter neuen schweren Bedingungen aufheben will. Das besetzte Gebiet muß ein rechtliche Aufhebung aller, auch der drückenden wirtschaftlichen Sanktionen fordern.
Mit den an die teilweise Aufhebung geknüpften Bedingungen kann sich der Wirtschaftsausschuß unter keinen Umständen einverstanden erklären. So schwer alle Wirtschaftskreise, Unternehmer wie Arbeiter, im besetzten Gebiet und im freien Deutschland unter der Belastung des Krieges leiden, so erfordert doch das Gesamtinteresse der deutschen Volkswirtschaft, daß wir nicht zu Maßnahmen über Zustimmung geben, wie sie in der Note des Obersten Rates enthalten sind. Die dort geforderte internationale Kontrolle der Einfuhr und der Ausfuhr des Gebietes auf Grund der Sanktionen im besetzten Gebiet geschärfte wirtschaftlichen Maßnahmen räumt den Alliierten dauernde Einflüsse auf die deutsche Wirtschaftspolitik ein, die im Friedensvertrag keine Grundlage finden und zu unersetzlichen und mit der Selbstständigkeit des besetzten Reiches unvereinbaren Eingriffen führen würden.“
Die Folgen der Dürre.
Saatenstand Mitte August.
Wie die Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates mittelt, hat die anhaltende Dürre und Hitze der letzten Woche sehr nachteilig auf die Entwicklung der Saaten gewirkt. Das Getreide ist ungewöhnlich schnell herangereift und bereits größtenteils bei günstiger, trockener Witterung eingebracht. Vielfach wird über Notreife geklagt. Im großen Ganzen rechnet man mit einer guten Mittelernte. Die Kornertragsmenge, deren Ausbruch höher Teil stattgefunden hat, wird im allgemeinen höher geschätzt als im Vorjahre; besonders ist dieses bei Weizen und Weizen der Fall. So wird aus der Provinz Sachsen geschrieben, daß die Stroh- und Körnererträge größer ist als in den vergangenen sechs Jahren. Katastrophal hat die Futterpflanzen der heißen Witterung auf die Futterpflanzen eingewirkt. Weizen und Weizen sind vollständig gar nicht geerntet. Auf eine Klee- und Luzerne-Grünecke gibt es nur auf den besten beschützten Grünmetzgeras gibt es nur auf den besten beschützten Böden. Man hofft, daß der Mitte August niedrige gangene Regen noch etwas retten wird, doch sind die Aussichten sehr dünn.
Ueber den Stand der Hackfrüchte wird ebenfalls sehr geklagt. Die Kartoffeln bringen kaum einen Ertrag, da die Knollen infolge der Dürre sehr klein geblieben sind.